

Rede für Oberbürgermeister Ulrich Scholten
anlässlich des Arbeitnehmer-Empfangs 2016
am Donnerstag, 28. April 2016, 18.00 Uhr
Haus der Stadtgeschichte

Sehr geehrter Herr Waschulewski,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

ich erinnere mich noch sehr genau an Montag, den 27.
April 2015. Vor einem Jahr war ich Gast, ähnlich wie so
mancher von Ihnen, beim ersten Arbeitnehmer-Empfang

der Stadt Mülheim an der Ruhr, der hier im renovierten Haus der Stadtgeschichte stattfand.

Das Ambiente hat mir damals sehr gut gefallen: Stadtgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung treffen hier in den Archiven der Stadt aufeinander, ergänzen sich. Führen uns vor Augen, unter welchen Bedingungen die Mülheimer Bevölkerung gelebt und gearbeitet hat, welche Veränderungen der Bergbau, die Industrialisierung, der Abschied von der Kohle mit sich

brachten. Veränderungen, die bis heute unsere Stadt und unseren Arbeitsmarkt beeinflussen.

Dass die Gewerkschaften Ende August vergangenen Jahres ihr 70-jähriges Bestehen ebenfalls hier im Haus der Stadtgeschichte feierten, bestätigt das Gesagte. Und so habe ich mich sehr darüber gefreut, dass der DGB sofort zugestimmt hat, als ich vorgeschlagen habe, meinen ersten Arbeitnehmer-Empfang als Oberbürgermeister eben wieder an diesem Ort zu feiern.

Ich greife diese Tradition der Arbeitnehmer-Empfänge gerne auf, und ich werde sie weiterführen, so lange es die Haushaltslage erlaubt. Denn mir ist es wichtig, mit Ihnen – den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – zu den drängenden gewerkschafts- und damit auch gesellschaftspolitischen Fragen unserer Tage ins Gespräch zu kommen. Ganz so, wie ich dies auch regelmäßig und anlassbezogen mit den Gewerkschaftsfunktionären und den Vertretern der Wirtschaft tue.

Ich halte diesen Austausch für unverzichtbar, da wir auch und gerade in Mülheim vor großen Herausforderungen stehen: Die Sorge um viele Arbeitsplätze bei unseren großen Industrie- und Handelsunternehmen treibt mich ebenso um wie, Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Auf der anderen Seite freue ich mich natürlich auch darüber, dass Global Player wie Aldi Süd oder das MPI, die HRW, aber auch kleine Start-Up-Unternehmen am Standort

Mülheim weiter expandieren und hochwertige Arbeitsplätze schaffen.

Im regelmäßigen Austausch bin ich auch mit den Revier-Oberbürgermeistern. Vor einer Woche erst saßen wir in Herne zusammen und diskutierten über eines der Konzepte, die unter dem sperrigen Schlagwort „Passiv-Aktiv-Transfer“ zusammengefasst werden:

„Aktive“ Arbeitsangebote für Langzeitarbeitslose sollen mit eingesparten „passiven Leistungen“ wie Wohngeld finanziert werden...

Damit möchte unsere Arbeitsministerin, Andrea Nahles, Langzeitarbeitslose in eine dauerhafte Anstellung bringen. Doch nicht nur Arbeitsmarkt-Experte Stefan Sell von der Hochschule Koblenz spricht bei solchen Konzepten von „symbolischer Politik“. Angesichts von mindestens einer Million Langzeitarbeitsloser in Deutschland sei das Projekt „nur ein Tropfen auf den heißen Stein“...

Bis Mitte Februar wurden nach Fernsehberichten deutschlandweit damit erst 3.407 Menschen erreicht... In ganz NRW waren es gerade einmal 403...

In Mülheim sprechen wir immerhin von 3.712 Betroffenen. Viele von ihnen mit geringer Qualifikation, Ältere mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Das sind 3.712 und mehr Schicksale, die sich hinter dem trögen Begriff „Langzeitarbeitslose“ verbergen. Sie alle, jede und jeder

einzelne von ihnen, ist es wert, dass wir uns intensiv um sie kümmern!

Wir können die Probleme von Langzeitarbeitslosen am besten mit unserem Wissen und unseren Kompetenzen vor Ort – hier in Mülheim - lösen. Dafür brauchen wir aber **Geld**, keine neuen Sonderprojekte, die nachweislich wenig dazu beitragen, Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu vermitteln.

Stichwort Kommunalkonferenz

Anrede

Wir müssen das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit und die zu erwartenden Folgen sehr ernst nehmen. Denn ihre Auswirkungen bringen uns zu einem zweiten zentralen Thema dieser Tage: die Altersarmut.

Gegenwärtig sind in Deutschland rund eine halbe Million Menschen davon betroffen. Sie beziehen Grundsicherung im Alter, weil sie früher aus ganz unterschiedlichen Gründen wenig oder gar nicht in die Rentenversicherung

eingezahlt haben. Wir wissen, dass sich ihr Anteil in den nächsten Jahren dramatisch erhöhen wird. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die politisch beschlossene Absenkung des Rentenniveaus und die durch den demografischen Wandel zu erwartende erhöhte Zahl an Betroffenen sind schon heute kalkulierbar.

Die Gruppe der Betroffenen ähnelt der der Langzeitarbeitslosen: Alleinerziehende, Erwerbslose, Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau sowie mit Migrationshintergrund gehören ebenso dazu wie viele

Selbstständige, gesundheitlich Beeinträchtigte und Frauen, die sich vor allem um die Kindererziehung gekümmert haben.

In Mülheim sind das derzeit knapp 1.800 Menschen oder 4,5 Prozent unserer Stadtgesellschaft. Zu viel für mein Verständnis. Und, das dürfen wir nicht unter den Tisch kehren: In Zukunft werden auch langjährig Versicherte mit niedrigem Durchschnittseinkommen zunehmend auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein.

Auch diese Zahl wird steigen! Und das darf nicht sein! Wer 40 oder 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat, darf beim Eintritt in den Ruhestand nicht darauf angewiesen sein, Zeitungen auszutragen, um seine Miete selbst bezahlen zu können!

Es muss uns daran gelegen sein, dass die Zahl der Menschen in vernünftig bezahlten Jobs und damit die Zahl derer, die in die Rentenkasse einzahlen, steigt. Dazu gehört eben auch, dass auch möglichst viele Langzeitarbeitslose in dauerhafte Beschäftigung vermittelt werden.

Anrede

Die Verdi-Mitglieder unter Ihnen, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Öffentlichen Dienst, erwarten zu Recht von mir abschließend einige Worte zur laufenden Tarifaueinandersetzung.

Die Auswirkungen der Warnstreiks am Dienstag haben wir alle erlebt. Heute und morgen wird wieder verhandelt.

Doch ich befürchte, dass wir von einer Lösung noch weit entfernt sind.

Dabei lasse ich dahin gestellt, ob das Angebot der Arbeitgeber „unmoralischer“ ist als die Forderung der ArbeitnehmerInnen. Ich möchte vielmehr dazu aufrufen, sich schnell zu einigen. Wochenlang geschlossen KITAS und überquellende Mülleimer können wir alle nicht wollen. Lange Verhandlungen begleitet von Warnstreiks sind inzwischen zum Ritual geworden. Doch mit Folklore kommen wir nicht weiter. Damit ist weder den

ArbeitnehmerInnen noch den BürgerInnen, die auf unsere Dienstleistungen angewiesen sind, geholfen.

Ja, Anrede, wir brauchen starke Gewerkschaften, die die legitimen Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Die seit Jahren wieder stetig wachsende Mitgliederzahl spricht dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Betriebs- und Personalräten vor Ort gute Arbeit leisten. Und das ist auch gut so, denn nur gemeinsam kann die Belegschaft ihre Interessen wirkungsvoll zum Ausdruck bringen.

Ich kann verstehen, dass Verdi den von der Arbeitgeber-Seite gewollten Systemwechsel bei der Finanzierung der Zusatzversorgung in dieser Tarifrunde vehement ablehnt. Wenn wir uns über diesen elementaren Einschnitt unterhalten wollen, dann sollten wir dies aber nicht im Rahmen der diesjährigen Tarifverhandlungen besprechen, sondern gesondert diskutieren.

Anrede

Wir brauchen in dieser Tarifauseinandersetzung einen Kompromiss. Wir werden ihn auch finden. Über kurz – oder

lang. Nochmal mein Appell an beide Seiten: Lassen Sie den Tarifstreit nicht eskalieren. Finden Sie für ihn schnell eine nachhaltige und für alle Seiten tragbare Lösung.

Ich freue mich nun auf die Rede von Klaus Waschulewski und die anschließenden Gespräche mit Ihnen.

Glück auf.